

Hand. Es wird kaum drei Monate dauern, und die Militärs werden mit dem Säubern beginnen.“ Einen Weg aus der Wirtschaftskrise weiß auch Hugo Blanco nicht zu nennen. Daß sie die Militärregierung veranlaßte, für 1980 freie Wahlen anzusetzen, ist wohl das deutlichste Zeichen dafür, daß Politik und damit auch Demokratie zum Zeitpunkt der Wahlen von zweitrangiger Bedeutung waren. Sie können jedoch in dem Moment in den Vordergrund treten, in dem die wirtschaftliche Not den sozialen Aufstand und eine politische Radikalisierung bewirkt, sei es in Form einer Revolution oder einer straffen Militärdiktatur.

Vor allem die in Armut lebende Mehrheit des Volkes treffen gegenwärtig die Folgen der verfehlten peruanischen Wirtschaftspolitik. Jeder zweite arbeitsfähige Peruaner geht nur einem Gelegenheitsjob nach; das durchschnittliche Jahreseinkommen, das 1977 bei 1350 DM lag, soll in diesem Jahr um 8 Prozent sinken. Das 1968 von linksnationalen Offizieren unter General Velasco konzipierte „peruanische Modell“ ist an der Inkompetenz der Militärs, die auf Wirtschaftsexperten verzichten zu können glaubten, gescheitert. Eine kostspielige Aufrüstung der Streitkräfte und der Bau einer Ölleitung durch die Anden bei nur geringen Ölfunden trugen mit dazu bei, daß die Auslandsverschuldung auf fast 9 Milliarden DM anstieg. Obwohl die Deviseneinnahmen nach amtlichen Angaben um fast 25 Prozent zurückgegangen sind, muß Peru in diesem Jahr eine Milliarde Dollar, fast die Hälfte der Exporteinnahmen, zurückzahlen. Der Unmut über die zweigleisige amerikanische Politik (die auch Bolivien zu spüren bekommen hat) ist groß: Washington hat die harten Bedingungen des internationalen Währungsfonds für einen Beistandskredit unterstützt, die Peru zu den horrenden Preiserhöhungen im Mai zwang. Soziale Unruhen waren die Folgen, in deren Verlauf mindestens 20 Menschen getötet wurden. General Morales Bermúdez rief den Ausnahmezustand aus, über 100 Personen wurden verhaftet, unter ihnen linksgerichtete Politiker und Gewerkschaftler, die ins Ausland abgeschoben wurden. Die Redemokratisierung mußte auf später verschoben werden. Wie in Bolivien hatten auch in Peru die katholischen Bischöfe einen Wahlhirtenbrief verlesen lassen, in dem es hieß: „Das erste und wichtigste Kriterium muß die soziale Gerechtigkeit sein, denn die große Mehrheit des Volkes ist arm.“ Die peruanischen Militärs wollen sich dieser Aufgabe nicht mehr stellen. In Lima heißt es, sie wollten die Wahlen um ein Jahr – auf 1979 – vorziehen und resignieren.

Zivile Regierung in Ecuador

Nur in Ecuador verliefen die Wahlen, die den Übergang von militärischer Herrschaft zur parlamentarischen Demokratie einleiteten, ungestört. Überraschend war jedoch der Ausgang der Wahlen vom 16. Juli. Die beiden von den Militärs gestützten Kandidaten, der Konservative *Durán* und der Liberale *Huerta*, erhielten nur je 20 Prozent der Stimmen. Sieger der Wahlen ist mit 30 Prozent der Wählerstimmen *Jaime Roldós*, der für die Sammlungsbewegung CFP kandidierte. Deren eigentlicher (und aussichtsreichster) Kandidat, der Sozialist *Assad Bucaram*, war von der Wahl durch ein eigens erlassenes Dekret ausgeschlossen worden, das die ecuadorianische Staatsbürgerschaft der Eltern des Staatspräsidenten vorschreibt; Bucarams Eltern sind libanesisische Staatsbürger. Hier zeigt sich, daß die Militärs in Ecuador den Rückzug in die Kasernen zwar freiwillig antreten, aber die Weichen für die Zukunft noch stellen wollten. Der von ihnen favorisierte *Durán*, gestützt von der städtischen und der Agraroligarchie, versprach denn auch einen „retorno“ zur Demokratie ohne soziale Veränderung. Daß *Roldós* den Sieg davontragen konnte, haben die Militärs möglicherweise selbst initiiert. Sie ließen am 15. Januar 1978 die 1,6 Millionen Stimmberechtigten über eine Verfassungsreform abstimmen. Die neue Verfassung gab den Analphabeten des Landes (30 Prozent) das Stimmrecht. Gerade unter der sozial schwachen Bevölkerung war jedoch die Anhängerschaft Bucarams groß. Ein zweiter Wahlgang im Herbst entscheidet darüber, ob *Durán* oder *Roldós*, der die erforderliche absolute Mehrheit nicht erreichte, erster Mann im Staat wird. Prüfstein der zukünftigen Politik in Ecuador werden die sogenannten Antiarbeitergesetze sein, die ein fast totales Streikverbot zum Inhalt haben und die Inhaftierung von Gewerkschaftlern bis zu zwei Jahren ohne Gerichtsverfahren ermöglichen. Diese Gesetze sollten von der neuen Verfassung abgeschafft werden; der entsprechende Artikel wurde aber fünf Tage vor dem Referendum von den Militärs stillschweigend gestrichen. Soziale Spannungen werden auch nach der Stichwahl nicht ausbleiben: der Erdölboom hat Ecuador zwar reicher gemacht, den Graben zwischen Armen und Reichen aber noch vertieft. Leidtragende der ecuadorianischen Wirtschaft ist ähnlich wie in Peru und Bolivien die Landwirtschaft. Das einwohnerarme Ecuador kann nur noch 55 Prozent seines Bedarfs an Agrarprodukten selbst decken.

Gabriele Baums-Burchardt

Opfer von Machtkampf und Ideologie

Flüchtlingsströme in Südostasien

In Südostasien dürften allein zur Zeit zwischen 4,5 und 5 Millionen Menschen als Flüchtlinge oder als Umsiedler im eigenen Land unterwegs sein. Wenn man die wirtschaftliche Schwäche vieler südostasiatischer Länder, ihre

politischen Probleme und die große Armut ihrer Bevölkerung bedenkt, kann man sich ein ungefähres Bild von der Notlage der Flüchtlinge und von den immensen Schwierigkeiten der Regierungen machen, die sie versorgen, an-

siedeln und eingliedern müssen, auch wenn ihnen dabei die internationale Solidarität hilft.

Mangelnde Aufnahmebereitschaft westlicher Länder

Den größten Anteil der Flüchtlinge und Umsiedler stellen auch heute noch, drei Jahre nach dem Ende des Vietnamkrieges, die *Vietnamesen*. Fast tagtäglich erreichen uns Meldungen über die abenteuerliche Flucht vietnamesischer Familien in kaum seetüchtigen Fischerbooten nach Thailand, Singapur, Malaysia, Indonesien, Hongkong, Japan, den Philippinen und sogar nach dem 5000 km weit entfernten Australien. Die Umstände ihrer Flucht stehen an Dramatik nicht zurück hinter jenen der chaotischen letzten Apriltage 1975 in Saigon, als sich die Fluchtwege auf ein paar Quadratmeter Hubschrauber-Landeplattform auf dem Dach des amerikanischen Botschaftsgebäudes verengten, bis die nordvietnamesischen Panzer auch diesen Fluchtweg abschnitten.

Es war nicht der letzte. Zwar blieb der Luftweg als Fluchtmöglichkeit verschlossen, bis auf den bisher einzigen Fall, in dem sich einige Männer mit einer zweimotorigen Maschine nach Singapur absetzten. Der Landweg fällt auch weg. Wer möchte schon ein Regime, auch wenn es sehr hart ist, gegen die ausgesprochen grausame Diktatur in Kambodscha oder Kampuchea, wie das Land sich heute nennt, eintauschen? Wer möchte bei den Genossen in Laos, engen Verbündeten Hanois, Zuflucht suchen? Und welcher echte Vietnamesen würde sich als Refugium China aussuchen?

Bleibt nur die *Flucht übers Meer*. Seit 1975 ist sie Zehntausenden geglückt, oft nur unter unbeschreiblichen Entbehrungen. Niemand vermag die Zahl derjenigen verlässlich zu nennen, die bei der gefahrvollen Fahrt ertrunken, verdurstet oder verhungert sind. Es müssen Tausende sein. Mancher Tote geht auf das Konto von Schiffskapitänen, die sogar hilflose Schiffbrüchige ihrem Schicksal überließen, statt sie an Bord zu bergen. Sie befürchteten, leider nicht unbegründet, daß die Behörden in jedem angelaufenen Hafen sich zunächst weigern würden, die Flüchtlinge aufzunehmen. Lange, teure Hafenaufenthalte, Verzögerungen, das Anlaufen weiterer Häfen, Schwierigkeiten mit der eigenen Reederei wären die Folgen gewesen.

Anfang Juli forderte die *US-Regierung* die Kapitäne amerikanischer Schiffe auf, Bootsflüchtlinge in jedem Fall an Bord zu nehmen. Zugleich sicherte sie diesen Flüchtlingen die Einreiseerlaubnis in die USA zu. Dort befinden sich bereits 170 000 Vietnamesen, die noch während des Krieges und danach ins Land aufgenommen worden waren. Für 1978 und 1979 wurde die Jahresquote auf 25 000 Neuaufnahmen festgelegt. Ein beispielhafter Schritt, der andere Regierungen zu ähnlichen Beschlüssen veranlassen sollte.

Die *mangelnde Aufnahmebereitschaft westlicher Länder* ist mitverantwortlich für die Notlage vieler indochinesischer Flüchtlinge. Man kann es den nichtkommunisti-

schen Ländern Südostasiens nicht verdenken, wenn sie sich bitter darüber beklagen, daß der Westen sie bei der Lösung des Flüchtlingsproblems im Stich lasse. Außer den USA haben bisher nur Frankreich (33 402 Flüchtlinge und 10 801 mit doppelter Staatsangehörigkeit), Australien (11 553) und Kanada (7 393) Indochinaflüchtlinge in größerem Umfang aufgenommen (Stand: Ende Juli 1978). In der Bundesrepublik fanden 1 150 Flüchtlinge Zuflucht, davon 234 Bootsflüchtlinge.

Diesen Zahlen muß man die *Flüchtlingsstatistiken der südostasiatischen Länder* entgegenhalten. In *Thailand* leben zur Zeit 170 000 Flüchtlinge, davon knapp 115 000 in 15 Lagern, die vom Flüchtlingskommissar der UN mitbetreut werden (Stand: Ende Juli 1978), 97 196 Lagerinsassen stammen aus Laos, 14 043 aus Kambodscha, 3 335 sind Vietnamesen, darunter 1 853 Bootsflüchtlinge. Außerdem lebt eine Gruppe von etwa 40 000 Vietnamesen in „restricted areas“ im Nordosten Thailands. Der Kern der Gruppe flüchtete am Ende der französischen Kolonialherrschaft 1954 nach Thailand. Selbst in 30 Jahren konnten die Vietnamesen nicht integriert werden. In jüngster Zeit wurden deshalb Verhandlungen zwischen Bangkok und Hanoi über eine mögliche Rückführung nach Vietnam begonnen.

Malaysia hat zur Zeit für 15 000 vietnamesische Bootsflüchtlinge zu sorgen, zusätzlich zu 90 000 Philippinos, die wegen der jahrelangen Kämpfe im Süden der Philippinen zwischen Regierungstruppen und moslemischen Rebellen, die für eine begrenzte Autonomie kämpfen, geflohen waren. – 600 Bootsflüchtlinge leben z. Z. in Papua-Neuguinea, 1 900 in Hongkong, 1 300 in den Philippinen, 600 in Singapur, 550 in Indonesien, 300 in Japan, weitere 200 in anderen südostasiatischen Ländern.

Wirtschaftliche und politische Ursachen

Zu den aktuellen Fluchtländern zählt auch *Laos*, eines der ärmsten Länder der Erde. Großen Anteil an den Fluchtursachen hat die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes, mitverursacht durch schwere Dürren 1976/77, ähnlich wie im Nachbarland Vietnam. Vor allem *Angehörige der Bergstämme*, die lange gegen die Kommunisten gekämpft hatten, sind nach Thailand geflohen. Von rund 700 000 Menschen, die durch den Krieg zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden waren, wartet immer noch ein großer Teil auf die Rückführung in die Heimatdörfer. Mindestens jeder fünfte Laote war zum Flüchtling geworden.

Ende Juli dieses Jahres befanden sich 223 500 Flüchtlinge aus *Burma* in 11 Lagern im Südosten von Bangladesch. Es handelt sich um Mohammedaner, die vor allem aus dem Arakan-Gebiet in Burma über die Grenze nach Bangladesch seit April 1978 vertrieben wurden, weil sie angeblich illegal, d. h. ohne Aufenthaltsberechtigung, in Burma gelebt hätten. Manche wohnten dort schon seit Jahrzehnten. Ein Nebenprodukt der Operation, die unter dem Namen

„Nagamin“ (Drachenkönig) lief, war die Unterbindung des Schmuggels aus dem Gebiet von Chittagong nach Burma und umgekehrt. Inzwischen sollen Verhandlungen zwischen Bangladesh und Burma die Rückkehr wenigstens eines großen Teils der Flüchtlinge ab Ende August erlauben.

Ein Ende des Flüchtlingsstroms, besonders aus Vietnam, ist noch nicht abzusehen. Die Zahl der monatlich neu eintreffenden Bootsflüchtlinge hat sich mit bis zu 5000 Personen seit Jahresbeginn verdreifacht. Hauptursache dürfte die schwierige wirtschaftliche Lage in Vietnam sein, sicherlich aber auch die Beschneidung der persönlichen Freiheiten und Sozialisierungsmaßnahmen.

Hier sind an erster Stelle die *Maßnahmen der Behörden* zu nennen, mit mehr oder minder hartem Druck einen Teil der städtischen Bevölkerung in die landwirtschaftliche Produktion einzugliedern. Dadurch sollen die während des Kriegs vor allem durch 2,7 Millionen Flüchtlinge unnatürlich angewachsenen Städte von Arbeitslosigkeit und anderem sozialem Zündstoff befreit, andererseits die landwirtschaftlichen Erträge erhöht werden, eine Notwendigkeit, um die 50-Millionen-Bevölkerung ausreichend zu ernähren. Um diese Ziele zu erreichen, werden in allen Provinzen sogenannte „Neue ökonomische Zonen“ erschlossen. Zum großen Teil handelt es sich um Dschungelgelände, das von den vielfach unerfahrenen Neusiedlern mit unzulänglichen Mitteln nur unter großen Entbehrungen gerodet und erschlossen werden kann. Es dauert Jahre, bis die Menschen in solchem Projekt die Früchte ihrer Knochenarbeit ernten können, angemessenen Wohnraum und ausreichende soziale Betreuung erhalten, obwohl der Staat erhebliche Mittel dafür einsetzt.

Einen weiteren Anlaß zur verstärkten Flucht übers Meer sieht man in der *Verstaatlichung des Handels* in Südvietnam vom vergangenen April. Dadurch wurden ja nicht nur „Kapitalisten“ und „Schmarotzer“ getroffen, sondern auch zahlreiche kleine Händler, Angestellte und Arbeiter. Die unterschiedlichen Währungen für Nord- und Südvietnam wurden vereinheitlicht, Privatkonten eingefroren. Ihre Besitzer können erst darüber verfügen, wenn sie bereit sind, in Produktionsbetriebe zu investieren, die natürlich unter staatlicher Verantwortung stehen.

Konflikt zwischen Vietnam und China

Die Verstaatlichung des Handels traf besonders den chinesischen Bevölkerungsanteil von Ho-Chi-Minh-Stadt, dem ehemaligen Saigon. Im Stadtteil Cholon, fast rein chinesisch, liefen die wichtigsten Geschäftsfäden zusammen, legale und illegale. Seit April hat eine Massenemigration der chinesischen Kaufleute eingesetzt. Tausende zogen Pässe der britischen Kronkolonie Hongkong oder Taiwans aus der Tasche. Etwa 2000 Personen wurden ohne viel Aufsehen nach Hongkong geflogen, eine ähnlich große Zahl setzte sich nach Taiwan ab oder bemüht sich darum. Der Jumbo-Jet der Air France, der wöchentlich

einmal, meistens nur mit einer Handvoll Passagieren, von Bangkok nach Ho-Chi-Minh-Stadt fliegt, war in den Sommermonaten auf dem Rückflug nach Bangkok gewöhnlich gut besetzt, und offensichtlich nicht nur von armen Flüchtlingen.

Aus dem *chinesischen Bevölkerungsanteil Vietnams*, der von chinesischer Seite mit „einer Million und einigen Hunderttausend“ angegeben wird, erwuchs in diesem Frühjahr ein weiteres Flüchtlingsproblem. Am Vorabend des 1. Mai 1978 teilte *Liao Cheng-chih*, Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses Chinas und Leiter des Büros des Staatsrats für Angelegenheiten der Übersee-Chinesen, einer Gruppe überseeischer Gäste, mit, daß kürzlich eine große Anzahl von Chinesen aus Vietnam plötzlich nach China zurückgekehrt sei. Der Stellvertretende Parteivorsitzende *Teng Hsiao-ping* bestätigte bei gleicher Gelegenheit die von Mao Tse-tung und Chou En-lai festgelegte offizielle Politik Pekings zur Frage der Übersee-Chinesen. Bestandteil dieser Politik ist es, „die Interessen der Übersee-Chinesen zu schützen und jene, die zum Mutterland zurückgekehrt sind, zu unterstützen“. Am 26. Mai 1978 veröffentlichte die „Peking Review“ einen langen Artikel zur „Geschichte der Übersee-Chinesen und deren glorreiche Tradition“.

In den folgenden Wochen wurde publik, daß laut chinesischen Aussagen Vietnam bereits Anfang 1977 begonnen habe, Chinesen in Massen aus Vietnam zu vertreiben. Am 20. Juli 1978 war die Zahl der in China eingetroffenen Flüchtlinge aus Vietnam auf 160000 angewachsen. 95% der Flüchtlinge sollen aus Nordvietnam gekommen sein. Tausende weitere sollen angeblich noch in Vietnam auf die Möglichkeit des Grenzübertritts nach China warten. Am 26. Mai hatte die chinesische Regierung angeboten, zwei Schiffe nach Vietnam zu entsenden, um die ausreisewilligen Landsleute heimzuholen. Die „Ming-hua“ und „Changli“ ankerten vom 19. Juni bis zum 27. Juli in internationalen Gewässern vor der Küste Vietnams, ohne ihren Auftrag erfüllen zu können. Dann wurden sie zurückbeordert. Obwohl zwischen dem 13. Juni und dem 27. Juli chinesische und vietnamesische Regierungsvertreter 19mal miteinander verhandelten, kam eine Einigung über die Ausreisehäfen und die Ausreisemodalitäten nicht zustande. Am 8. August wurden die Verhandlungen in Hanoi wiederaufgenommen, diesmal von den stellvertretenden Außenministern.

Schon über den *Status der Chinesen in Vietnam* gehen die Meinungen auseinander. Während Vietnam von „Vietnamesen chinesischer Abstammung“ oder einfach von Angehörigen der „Hoa-Minderheit“ spricht, betrachtet China die Betroffenen als „Chinesen, die in Vietnam wohnen“, oder einfach als Angehörige des „Han-Volkes“. Entsprechend müßten Ausreisearträge adressiert und Ausreisegenehmigungen erteilt werden. Die vielen Chinesen in Vietnam vom Regime des Präsidenten Ngo Dinh Diem 1956/57 aufgezwungene vietnamesische Staatsbürgerschaft sei ungültig, sagen die Chinesen.

Der Konflikt zwischen Vietnam und China in dieser Frage kann Auswirkungen auf die Lage der 15–20 Millionen Auslandschinesen in den Ländern Südostasiens haben. Der Fleiß dieser Bevölkerungsgruppe, ihre Ausdauer, Genügsamkeit, handwerklichen und kaufmännischen Fähigkeiten erwecken nicht bei allen Nachbarn Wohlwollen und Anerkennung. Die Jagd auf Chinesen im Anschluß an den versuchten Staatsstreich 1965 in Indonesien ist noch nicht vergessen.

Vietnam hat die chinesischen Beschuldigungen, es handle den chinesischen Bevölkerungsanteil diskriminierend, verfolge ihn und zwingt ihn zur Massenflucht, zurückgewiesen. Umgekehrt beschuldigt es China, mittels „schlechter Elemente“ die Chinesen in Vietnam zu beunruhigen und zur Flucht zu veranlassen. Das Ziel sei, die ohnehin schon großen Schwierigkeiten Vietnams noch zu vergrößern.

Die *Schwierigkeiten Vietnams* sind allerdings gewaltig. Das durch jahrzehntelangen Krieg verwüstete Land muß aufgebaut werden. Nachdem Generationen nichts anderes als Krieg, Entbehrungen, Leiden jeder Art und bitterste Armut ertragen haben, muß das berechtigte Verlangen der Bevölkerung nach einer Besserung ihrer Lebensverhältnisse befriedigt werden. Pro Kopf der Bevölkerung Hanoi kommen z. Z. beispielsweise nur 1,9 qm Wohnraum. Die Ausdehnung der kommunistischen Herrschaft auf Südvietnam stößt weiterhin auf erhebliche Schwierigkeiten. Dringend benötigte Auslandshilfe bleibt weitgehend aus.

Deshalb sind die Folgen des Beschlusses der chinesischen Regierung vom 3. Juli 1978, die ökonomische und technische Hilfe für Vietnam völlig einzustellen und Ingenieure und anderes technisches Personal zurückzurufen, für Vietnam schmerzlich. Die Arbeiten in 73 von China geförderten Entwicklungsprojekten mußten vorübergehend eingestellt werden, darunter ein so wichtiges Projekt wie der Bau einer Brücke über den kilometerweiten Roten Fluß bei Hanoi. China begründete seinen Beschluß mit „antichinesischem Verhalten“ Vietnams und mit der Notwendigkeit, durch die Einsparung die erforderlichen Mittel zur Unterstützung und Eingliederung seiner 160 000 Flüchtlinge zu beschaffen. Die Flüchtlinge sollen in landwirtschaftlichen Betrieben in den Provinzen Kwangtung, Yunnan, Fukien und im autonomen Gebiet Kwangsi angesiedelt werden. Gleichzeitig beklagte China bitter den Undank der Vietnamesen, denen China während des Krieges und danach Hilfen im Gesamtwert von 10 Milliarden US-\$ gewährt habe.

Weiteres Zeichen für die *wachsenden Spannungen zwischen China und Vietnam* ist die Schließung der vietnamesischen Generalkonsulate in Kanton, Kunming und Nanning durch China. Zugleich verzichtete China auf die Eröffnung eines chinesischen Generalkonsulates in Ho-Chi-Minh-Stadt. Angeblich hat ein chinesisches Vorauskommando drei Monate lang vergeblich in Hanoi auf die Erlaubnis zur Weiterreise nach Ho-Chi-Minh-Stadt gewartet, um dort das Konsulat zu eröffnen.

Auch der seit langem schwelende Konflikt über den Besitz

der Spratley- und Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer, auf die sowohl China als auch Vietnam Anspruch erheben, erhöht die allgemeine Spannung. Die Inseln haben hohen strategischen Wert. Außerdem vermutet man in ihrem Bereich Ölvorräte. Vietnam erhebt aber eine noch schwerwiegendere Klage gegen China. Es behauptet, China stehe hinter aggressiven Handlungen Kambodschas gegenüber Vietnam.

Kämpfe zwischen Vietnam und Kambodscha

Als am 31. Dezember 1977 die Botschaft von Kambodscha auf einer Pressekonferenz in Peking Vietnam der militärischen Aggression gegenüber Kambodscha anklagte, bedeutete dies eine sensationelle Nachricht. Am 17. April 1975 hatten die kommunistischen „Roten Khmer“ die Macht über das 7-Millionen-Volk Kambodschas errungen, mit erheblicher Unterstützung durch die vietnamesischen Genossen. Und nun, keine drei Jahre später, schwere Kämpfe zwischen Brüdern. Inzwischen wurde bekannt, daß die Auseinandersetzungen schon unmittelbar nach der kommunistischen Machtübernahme in Phnom Penh begonnen hatten. Am 1. Mai 1975 sollen nach vietnamesischer Version erste *Grenzverletzungen durch kambodschanische Truppen* mit schweren Verlusten für die vietnamesische Grenzbevölkerung begangen worden sein. Am 4. Mai 1975 seien kambodschanische Truppen auf der Insel Phu Quoc gelandet, vier Tage später auf der vietnamesischen Insel Tho Chu. 515 Zivilisten seien seitdem verschwunden. Die Vietnamesen eroberten Tho Chu bereits am 25. Mai 1975 zurück. Beide Inseln wie auch weite Teile der 1100 km langen Grenze zwischen Vietnam und Kambodscha sind umstritten beziehungsweise werden von beiden Ländern beansprucht. Die Behauptung der Kambodschaner, Vietnam wolle die alte Indonesische Föderation – Vietnam, Laos, Kambodscha – unter seiner Dominanz wiederherstellen, wird von Hanoi heftig zurückgewiesen. Statt dessen verweisen die Vietnamesen auf die unmenschliche Behandlung der Bevölkerung in Kambodscha durch die Regierung der „Roten Khmer“. Der Unwille im Volk sei darüber so groß, daß die Regierung einen Sündenbock suche, um die Aufmerksamkeit von den eigenen Greueln abzulenken, und dafür sei Vietnam eben gut genug.

Diese Greueln schockieren seit Jahren die Weltöffentlichkeit, angefangen mit dem grausamen zwangsweisen Exodus von schätzungsweise 4 Millionen Menschen aus Städten und Dörfern, der diskriminierenden Einteilung der Bevölkerung in privilegierte „Ursprüngliche“ und unterprivilegierte „Neue Bürger“, dem System der Zwangsarbeit, der mangelnden Versorgung mit dem Lebensnotwendigsten, der Reglementierung des Lebens bis in die Familien- und Elternbeziehungen hinein. Eine Schreckensherrschaft, in der, nach allem, was wir hören, ein Menschenleben nichts gilt. Nach kambodschanischen Schätzungen sollen allein im ersten Jahr nach der Machtübernahme 800 000 Menschen umgekommen sein.

Nach vietnamesischen Quellen sollen die Roten Khmer schon gleich zu Beginn ihrer Herrschaft rund 500 000 Vietnamesen im Land verfolgt, viele getötet und Zehntausende ausgeraubt und nach Vietnam vertrieben haben. Das erinnert an die Flucht von 200 000 Vietnamesen nach Vietnam, als der Krieg 1972 auch auf Kambodscha übergriff und die Vietnamesen regelrechten Verfolgungen ausgesetzt waren.

Seit Januar 1977 haben die *Grenzkämpfe zwischen Vietnam und Kambodscha* an Häufigkeit und Schwere zugenommen. Auf vietnamesischer Seite besonders betroffen sind die Provinzen An Giang, Kien Giang, Long An, Tay Ninh, Dac Lac und Dong Thap. In der Provinz Tay Ninh sollen vom 24. September bis 30. November 1977 über 1000 Zivilisten getötet worden sein. Die Behörden haben in einem Waldstück am Rand der Provinzhauptstadt Tay Ninh im Juni 1978 ein mehrgebäudiges Dokumentationszentrum mit Beweisstücken für die Überfälle und die verübten Greuelthaten aufgebaut.

Ende Juni 1978 wurde in Hanoi die Zahl der in den vergangenen Monaten nach Vietnam aus Kambodscha Geflüchteten mit 125 600 Kambodschanern, 15 811 Chinesen und 170 300 Vietnamesen angegeben. Außerdem mußten auf vietnamesischer Seite 749 500 Menschen wegen der Kämpfe aus dem Grenzgebiet evakuiert werden. Die kambodschanischen Flüchtlinge wurden in mehreren Lagern untergebracht. Eines davon befindet sich in San in der Provinz Tay Ninh. Hier leben seit Januar 1978 auf gerodetem Dschungelgelände 8 700 Menschen, davon 45% Witwen und Waisen. Jede Familie erhielt ein Stück Land für den Anbau von Gemüse und Früchten. Die Regierung hatte einfache Häuser errichtet. Begonnen wurde der Bau einer Schule und eines Dispensariums. Grundnahrungsmittel wie Reis werden zur Zeit noch von der Regierung gestellt. Durch Sammeln und Verkauf von Holz können die Flüchtlinge täglich 2 Dong (= 2 DM) verdienen. Das Leben der Leute ist hart, wenn auch nicht härter als das der Einheimischen. Viele der Flüchtlinge möchten nach

den USA oder Frankreich emigrieren. Sie haben Angst, diesen Wunsch vor Vietnamesen laut werden zu lassen. Sie erkennen aber dankbar an, daß ihr Leben hier nicht mehr bedroht ist.

Während Vietnam als den Drahtzieher hinter dem feindseligen Verhalten der Kambodschaner China zu erkennen glaubt, betrachtet China die Vietnamesen als die „Kubaner Asiens“, die das Hegemoniestreben der Russen in diesem Teil der Welt unterstützten. Sie weisen auf den kürzlich erfolgten Beitritt Vietnams zum COMECON (Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe des Ostblocks) hin und auf die Änderung in der Haltung Moskaus gegenüber der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations – Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen). Während Moskau die ASEAN früher als „militärische Tarnorganisation im Dienste der USA“ abgelehnt habe, suche es nun die 5 Länder zu einer Aufnahme von Laos, Vietnam und Kambodscha in die Vereinigung zu bewegen. Auf diese Weise versuche die Sowjetunion doch noch seinen Plan eines asiatischen Sicherheitssystems zu verwirklichen.

Es ist eine bittere Tatsache, daß seit der kommunistischen Machtübernahme in Laos, Kambodscha und Vietnam der Flüchtlingsstrom nicht abreißt, obwohl die Flucht oft nur unter großer Lebensgefahr möglich ist. Sind die Gründe nur in den immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen? Sicherlich nicht. Ebenso offensichtlich ist *das Hineinspielen des großen Konflikts Rußland – China* in die regionalen Schwierigkeiten, die nun Vietnam zwischen China und Kambodscha bedrängen.

Die Last der Hilfeleistung für die Flüchtlinge darf nicht ausschließlich bei den Ländern liegen, die sie als erste aufnehmen. Sie wären auch kaum in der Lage, diese Last zu tragen. Mit Anerkennung darf man auf die erfolgreiche Arbeit des Hohen Flüchtlingskommissars der UN und auch auf die beträchtlichen Hilfen der Kirche hinweisen. Sie verdienen auch weiterhin unsere Unterstützung.

Karl Wegen

Interview

Biotechnik und Menschwerdung

Die Zeugung eines Kindes im Reagenzglas, wie sie mit der Geburt der Louise Patricia Brown am 26. Juli im englischen Oldham dem Gynäkologen Patrick Steptoe und dem Physiologen Robert Edwards erfolgreich gelungen ist, wirft medizinische, ethische und rechtliche Fragen auf, die dann noch akuter werden dürften, wenn weitergehende Experimente in der Anwendung biotechnischer Verfahren auf die Menschwerdung durch den jetzigen Erfolg ange-regt werden und gelingen sollten. Im Sinne einer ersten

Abklärung des Terrains der Fragestellungen führten wir die folgenden Interviews mit Vertretern der einschlägigen Disziplinen: dem Direktor des Max-Planck-Institutes für Biochemie, dem Arzt und Biochemiker Professor Peter Hans Hofschneider (München), dem emeritierten Professor für Moralthologie an der Universität München, Richard Egenter, und mit dem Strafrechtler Professor Claus Roxin, ebenfalls Universität München. Die Fragen stellte D. A. Seeber.